

Landeschronik von Appenzell Ausserrhoden für das Jahr 2018

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Appenzellische Jahrbücher**

Band (Jahr): **146 (2019)**

PDF erstellt am: **16.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Landeschronik von Appenzell Ausserrhoden für das Jahr 2018

JÜRIG BÜHLER, HERISAU

Mit dem deutlichen Ja an der Urne zur Durchführung einer Totalrevision der Verfassung von Appenzell Ausserrhoden wurde ein für die zukünftige Entwicklung des Kantons entscheidender Schritt getan. Die Revision soll via Kantonsrat umgesetzt werden, die ebenfalls zur Diskussion stehende Einsetzung eines Verfassungsrats wurde hingegen von den Stimmberechtigten abgelehnt. Mit der Verfassungsrevision wird sich eine vom Regierungsrat eingesetzte Verfassungskommission befassen, deren 32 Mitglieder ein breites Spektrum der Bevölkerung repräsentieren. – Zustimmung an der Urne fand die Teilrevision des Gesetzes über den Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden (SVAR), umstrittenster Punkt war der Verzicht auf die Erwähnung der Standorte der Betriebe des SVAR. Abgelehnt haben die Stimmberechtigten hingegen die SP-Initiative für mehr Steuergerechtigkeit. – Im Kantonsrat sorgten das Kantonsratsgesetz sowie die dazugehörige Verordnung für Diskussionen; und auch die Revision des kantonalen Steuergesetzes war ein Thema. Bei der zweiten Lesung des Baugesetzes stiess der Rat einen Entscheid der ersten Lesung um, eine Mehrwertabgabe für einen kommunalen Entwicklungsfonds zu schaffen. – Zu reden gab im Berichtsjahr die Strafanstalt Gmünden. Zum einen wurden bauliche Mängel und zum andern die übermässige Fluktuation beim Personal kritisiert. Die Regierung setzte eine Projektmission ein, die sich mit der Zukunft von «Gmünden» befasst. Eine umfassende Sanierung ist ebenso denkbar wie eine Schliessung. – Für die 2019 abtretenden Regierungsräte Köbi Frei (SVP) und Matthias Weishaupt (SP) wurden der Schwellbrunner Hansruedi Reutegger (SVP) und der Herisauer Yves Noël Balmer (SP) von ihren Parteien für die Nachfolge nominiert.

Ab dem Jahr 2018 hat der Regierungsrat seinen alljährlichen Rechenschaftsbericht neu strukturiert. Der Bericht nimmt nun direkten Bezug auf den Ende 2017 erstmals für die Jahre 2019–2021 publizierten Aufgaben- und Finanzplan (AFP). In dieser im Kern veränderten Form der Berichterstattung wird darauf verzichtet, einen gerafften Überblick über das Geschehen in den verschiedenen Departementen und Bereichen zu geben. Das erschwert die Arbeit des Chronisten, weil Zahlen und Statistiken sowie die Erreichung mittel- und längerfristiger Ziele, hingegen keine inhaltlichen Ereignisse der Berichtsjahre dokumentiert werden. Einzelne Departemente, Betriebe und Anstalten des Kantons verfügen über eigene Jahresberichte; bei anderen entfällt dies. In den nächsten Jahren wird sich die Landeschronik neu ausrichten. Es gibt eine Übergangszeit, bis die passende und für die Geschichtsschreibung adäquate Form der inhaltlichen Berichterstattung gefunden ist.

Kantonale Wahlen

Am ersten März-Wochenende standen Ersatzwahlen für das Obergericht an. Dies, nachdem Simon Graf und Beat Dick demissioniert hatten. Für die beiden vakanten Sitze stellten sich mit Daniela Sieber (Speicher) und Stephan Ramseyer (Trogen) eine Frau und ein Mann zur Verfügung. Beide wurden mit etwas mehr als 14 000 Stimmen gewählt.

Kantonale Abstimmungen

2018 wurden den Stimmberechtigten an der Urne drei kantonale Vorlagen zum Entscheid vorgelegt. Am 3./4. März ging es zum einen um die Grundsatzfrage, ob die Kantonsverfassung totalrevidiert werden soll. In einer Zusatzfrage war darüber zu entscheiden, ob eine allfällige Totalrevision im Kantonsrat oder durch einen

besonderen Verfassungsrat vorgenommen werden soll. Der Durchführung einer Totalrevision wurde auf kantonaler Ebene und in allen Gemeinden mit überwältigendem Mehr zugestimmt; bei der Zusatzfrage setzte sich die von Regierung und Parlament favorisierte Vorbereitung der Totalrevision durch den Kantonsrat durch.

	Ja	Nein
Totalrevision der Kantonsverfassung	12 183	4 533
Umsetzung durch Kantonsrat	9 989	
Umsetzung durch Verfassungsrat	5 525	

Am 22./23. September gelangten die von der Ausserrhoder SP lancierte Initiative für mehr Steuergerechtigkeit sowie das teilrevidierte Gesetz über den SVAR zur Abstimmung. Die SP-Initiative verlangte eine steuerliche Entlastung der Personen mit mittleren und tiefen Einkommen. Das Begehren wurde an der Urne mit 57 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Als einzige Gemeinde stimmte Rehetobel der Initiative zu, in den anderen 19 Gemeinden resultierten unterschiedlich grosse Nein-Mehrheiten.

Die Teilrevision des Gesetzes über den SVAR war notwendig geworden, weil die gesetzlichen Rahmenbedingungen an die veränderte Situation im Gesundheitswesen (Kostendruck und verschärfter Wettbewerb) angepasst werden mussten. Im Vorfeld der Abstimmung gab insbesondere der Umstand zu reden, dass auf eine gesetzliche Verankerung der Standorte Herisau (Psychiatrisches Zentrum Appenzell Ausserrhoden und Spital) und Heiden (Spital) verzichtet wurde. Zur Abstimmung kam es, weil gegen die im Kantonsrat verabschiedete Teilrevision erfolgreich das Referendum ergriffen worden war. An der Urne wurde die Revision deutlich mit 70 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen. 16 Gemeinden votierten für eine Annahme, abgelehnt wurde das Spitalverbundgesetz lediglich in den vier Vorderländer Gemeinden Grub, Heiden, Wolfhalden und Reute.

	Ja	Nein
SP-Initiative für mehr Steuergerechtigkeit	6 307	8 305
Teilrevision des Gesetzes über den Spitalverbund	9 868	4 263

Eidgenössische Abstimmungen

Auf eidgenössischer Ebene gelangten 2018 zehn Vorlagen zur Abstimmung. Bei allen deckte sich der Abstimmungsausgang im Kanton mit jenem auf gesamtschweizerischer Ebene. Allerdings war der prozentuale Anteil der Ja- bzw. Nein-Stimmen in Ausserrhoden und auf Bundesebene jeweils unterschiedlich.

	Ja	Nein
4. März		
Neue Finanzordnung 2021	16 293	3 414
Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren	6 690	14 171

Bei den beiden Vorlagen deckte sich der Abstimmungsausgang mit dem gesamtschweizerischen Ergebnis. Bei der Vorlage zur neuen Finanzordnung votierten in Ausserrhoden 83 Prozent für ein Ja, gesamtschweizerisch lag der Ja-Anteil bei 84 Prozent. Bei der «No Billag»-Initiative (Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren) legten in Ausserrhoden 68 Prozent ein Nein ein, gesamtschweizerisch waren es fast 72 Prozent.

	Ja	Nein
10. Juni		
Vollgeld-Initiative	3 429	8 953
Geldspielgesetz	8 384	3 887

Wie auf gesamtschweizerischer Ebene wurde in Ausserrhoden die Vollgeld-Initiative deutlich abgelehnt und das Geldspielgesetz hingegen deutlich angenommen. Bei der Vollgeld-Initiative lag der Ja-Anteil in Ausserrhoden mit 28 Prozent leicht über dem gesamtschweizerischen Ergebnis mit 24 Prozent Ja-Stimmen. Zum Geldspielgesetz sagten in Ausserrhoden 68 Prozent Ja, gesamtschweizerisch lag der Ja-Anteil bei 73 Prozent. Mit 32 Prozent war die Stimmbeteiligung auch in Ausserrhoden tief.

	Ja	Nein
23. September		
Gesetz über die Velo-, Fuss- und Wanderwege	10 480	4 933
Fair-Food-Initiative	5 022	10 364
Initiative für Ernährungssouveränität	3 869	11 432

Bei allen drei Vorlagen deckte sich der Abstimmungsausgang in Ausserrhoden mit jenem auf gesamtschweizerischer Ebene. Beim Gesetz

über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege war der Ja-Stimmenanteil in Ausserrhoden mit 68 Prozent gut fünf Prozent tiefer als gesamtschweizerisch. Die Fair-Food-Initiative wurde gesamtschweizerisch mit einem Nein-Anteil von 61 Prozent abgelehnt, in Ausserrhoden sagten 67 Prozent Nein. Die Initiative für Ernährungssouveränität wurde mit 75 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt, gesamtschweizerisch lag der Anteil der Nein-Stimmen bei 68 Prozent.

25. November	Ja	Nein
Hornkuh-Initiative	8 884	11 152
Selbstbestimmungs-Initiative	7 601	12 586
Gesetz über Versicherungsdetektive	14 743	5 423

Auch bei diesen drei eidgenössischen Vorlagen deckte sich der Abstimmungsausgang in Ausserrhoden mit dem gesamtschweizerischen Resultat. Die Hornkuh-Initiative wurde mit knapp 56 Prozent abgelehnt, gesamtschweizerisch sagten 55 Prozent Nein. Bei der Selbstbestimmungs-Initiative betrug der Anteil der Nein-Stimmen 62 Prozent, gesamtschweizerisch waren es 66 Prozent. Das Gesetz über Versicherungsdetektive vereinigte 73 Prozent-Ja-Stimmen auf sich, gesamtschweizerisch waren es mit 65 Prozent deutlich weniger.

Kantonsrat

Der Kantonsrat behandelte 2018 an insgesamt sieben Sitzungstagen eine Vielzahl von Geschäften. Zu erwähnen ist etwa das Kantonsratsgesetz (KRG) sowie die dazugehörige Geschäftsordnung. Anpassungen gab es bei den Entschädigungen der Ratsmitglieder und bei der Schaffung von ständigen Kommissionen. Definitiv verabschiedet wurde im Rat auch eine Revision des kantonalen Steuergesetzes, welches Verbesserungen für Familien mit Kindern bringt. Der Bericht der Staatswirtschaftlichen Kommission thematisierte die Personalführung im Departement Bildung und Kultur, und auch die Situation der Strafanstalt Gmünden wurde kritisch beleuchtet. Bei der Teilrevision des Baugesetzes kam der Rat in zweiter Lesung bei der Mehrwertabgabe den Anliegen der Im-

mobilienwirtschaft entgegen, was im Rat auf Kritik stiess. Bei der Beratung des Gesetzes über eGovernment und Informatik führte die Situation des Informatik-Gemeinschaftsunternehmens von Gemeinden und Kanton, ARIAG, zu einer längeren Diskussion und kritischen Wortmeldungen. Der Rat befasste sich mehrmals auch mit finanziellen Fragen und nahm mit Genugtuung zur Kenntnis, dass die Staatsrechnung 2018 besser als erwartet abschloss und dass das Budget 2019 mit einem Gewinn von rund 15 Mio. Franken rechnet.

An der Kantonsratssitzung vom 19. Februar befasste sich der Rat mit der finanziellen Unterstützung in den Jahren 2018 bis 2020 der beiden Geschäftsfelder «Wandern» und «Lebensart» von Appenzellerland Tourismus AG (ATAG). Obwohl der Rat im Dezember 2017 einer dreijährigen Leistungsvereinbarung mit der Tourismusorganisation zugestimmt hatte, stiess die Höhe des Betrags auf Kritik. Die Leistung der ATAG sei nicht so ausgefallen, dass der gesetzliche Maximalbetrag von 630 000 Franken (Bereich «Wandern») bzw. 750 000 Franken (Bereich «Lebensart») ausgerichtet werden müsse, hiess es von Seiten der SVP. Die Partei stellte einen entsprechenden Kürzungsantrag, welcher von der SP und den Parteiunabhängigen unterstützt wurde. Die FDP wandte sich dagegen. Wer dem Grundauftrag zugestimmt habe, könne sich jetzt nicht gegen eine finanzielle Beteiligung wehren. Im Verlauf der teilweise emotionalen Debatte wandte sich auch Regierungsrat Dölf Biasotto vehement gegen den Kürzungsantrag (Abb. 1). In der Abstimmung war der Antrag der SVP dann chancenlos. – Deutlich wurde in der ersten Lesung das Registergesetz gutgeheissen. Dies, nachdem ein erster regierungsrätlicher Entwurf letztes Jahr vom Kantonsrat noch zurückgewiesen worden war. – Bei der zweiten Lesung der Teilrevision des Pensionskassengesetzes ging es vor allem um die Einlage der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in die Pensionskasse des Kantons. Damit sollen die Einbussen teilweise ausgeglichen werden, welche die Versicherten u. a. durch die Senkung des Umwandlungssatzes bis

2023 auf 5,4 Prozent in Kauf nehmen müssen. Abänderungsanträge von SVP und SP scheiterten deutlich. Gegenüber der ersten Lesung hatte die Regierung die Vorlage in einem wesentlichen Punkt verändert: Die Einlage wurde pro versicherte Person auf 15 000 Franken begrenzt. Nach der Teilrevision müssen die Arbeitgeber insgesamt rund 4,7 Mio. Franken einschliessen. Der Kantonsanteil beträgt 1,8 Mio. Franken und sinkt im Vergleich zum ersten Entwurf um knapp 500 000 Franken. – Schliesslich hiess der Rat auch eine Teilrevision des Gesundheitsgesetzes gut, welche die Bedeutung der ambulanten Notfallversorgung für die Gesundheitsvorsorge im Kanton unterstreicht.

Mit dem neuen Kantonsratsgesetz inklusive Geschäftsordnung, das der Rat an seiner Sitzung vom 19. März in zweiter Lesung verabschiedete (Abb. 2), wird das Parlament gegenüber dem Regierungsrat gestärkt. Neu sollen fünf ständige Kommissionen mit je sieben Mitgliedern geschaffen werden. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) ersetzt die drei bisherigen Aufsichtskommissionen (Finanz-, Justiz- und Staatswirtschaftliche Kommission). Angenommen wurde ein Antrag, wonach die GPK künftig mindestens neun Mitglieder haben muss. Zu reden gaben zudem die Entschädigungen. Die geplante pauschale Grundentschädigung pro Ratsmitglied und Jahr von 1000 Franken wurde gestrichen. Hingegen erhalten die Kantonsräte künftig ein Taggeld von 300 Franken und nicht mehr 250 Franken wie bis anhin. Ferner gibt es neu für jede Fraktion eine Pauschale von 5000 Franken jährlich. Strittig war das Gebet zu Beginn jeder Kantonsratssitzung. Niklaus Sturzenegger (FDP, Trogen) scheiterte mit seinem Antrag, ein stilles Gebet einzuführen. Neu werden die Ratsmitglieder in Zukunft nach Fraktionen geordnet sitzen, und nicht wie bisher nach Bezirken. – Auch bei der zweiten Lesung des Spitalgesetzes hielt der Rat mit grosser Mehrheit daran fest, dass in Zukunft die Standorte der Betriebe des Spitalverbands nicht mehr im Gesetz aufgeführt werden sollen. Von Seiten der Ratsmitglieder aus dem Vorderland wurde die Befürchtung geäussert,

dass der Verzicht auf die Nennung der Standorte auf eine Schliessung des Spitals in Heiden hinauslaufe. Ein Antrag, dass die Schliessung eines Spitals vom Kantonsrat beschlossen werden müsse, wurde abgelehnt. Nachdem das Behördenreferendum deutlich abgelehnt worden war, kündigte der Sprecher der SP-Fraktion an, dass die Partei das Referendum ergreifen werde, damit an der Urne über die Änderung des Spitalgesetzes entschieden werden könne. – Keine grossen Diskussionen löste die Revision des Gesetzes über das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KES) aus. Neu ist, neben einigen redaktionellen Anpassungen, dass Vorsorgeaufträge gegen eine Gebühr bei der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) hinterlegt werden können.

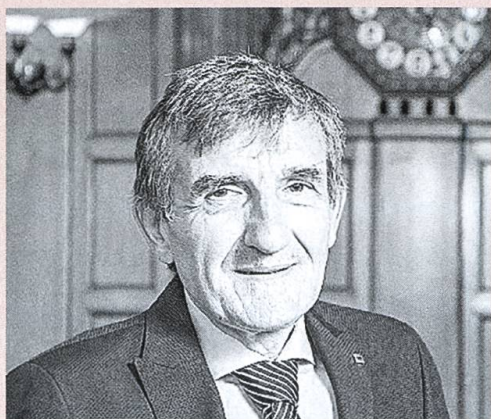
An seiner letzten Sitzung im Amtsjahr 2017/18 am 7. Mai hat der Kantonsrat die Teilrevision des kantonalen Steuergesetzes beraten und dabei Anpassungen beim Kinderabzug gutgeheissen. Die steuerlichen Kinderabzüge sollen nach dem Mehrheitswillen des Parlaments künftig in drei Stufen erfolgen: bis zum vollendeten vierten Altersjahr 5000 Franken Abzug, danach bis zum vollendeten 15. Altersjahr 7000 Franken. Und schliesslich sollen nach dem 15. Lebensjahr bis höchstens zum vollendeten 25. Lebensjahr 11 000 Franken für jedes in Ausbildung stehende Kind abgezogen werden können. Damit setzte sich in der Kantonsratsdebatte der Vorschlag der vorberatenden parlamentarischen Kommission gegenüber dem Regierungsvorschlag mit 37 zu 23 Stimmen bei 4 Enthaltungen durch. Die Regierung hatte sich erfolglos für einen zweistufigen Abzug stark gemacht. In der Schlussabstimmung über die Teilrevision, dazu gehören auch Anpassungen an das Bundesrecht, wurde das Steuergesetz mit 50 Ja zu 0 Nein bei 14 Enthaltungen angenommen. Die SP enthielt sich der Stimme. Sie wartete erst den Abstimmungstermin für ihre Steuergerechtigkeits-Initiative ab. Diese bringe, so die SP, die bessere Lösung, um Steuerpflichtige mit Kindern zu entlasten. Die Initiative wurde vom Kantonsrat auch in zweiter Lesung zur Ablehnung empfohlen. – In der



Sitzung vom 7. Mai hat der Kantonsrat auch den Bericht der Staatswirtschaftlichen Kommission (StwK) nach kurzer Debatte zur Kenntnis genommen. Kritische Bemerkungen gab es im Bericht vor allem zu personellen Problemen im Departement Bildung und Kultur und zum Führungsstil des zuständigen Regierungsrats Alfred Stricker. Als weiteres Handlungsfeld erwähnte die StwK die Strafanstalt Gmünden, die zum Verantwortungsbereich von Landammann und Regierungsrat Paul Signer gehört. «Gmünden» mache zwar regelmässig Gewinn, sei aber überbelegt, bauliche Investitionen würden aufgeschoben und es fehle an fachlich ausgebildeten Mitarbeitenden. Aber auch die StwK musste aus dem Rat Kritik von Seiten der Parteiunabhängigen entgegennehmen, welche den Verdacht äusserten, die Themenwahl im Bericht könne politisch gefärbt oder gar persönlich motiviert gewesen sein, was StwK-Präsidentin Monica Sittaro aber umgehend in Abrede stellte. – An der Mai-Sitzung wurde auch die Staatsrechnung 2017 mit einem Einnahmenüberschuss von rund 4 Mio. Franken diskussionslos verabschiedet. Zahlreiche Rechenschaftsberichte, u. a. der Regierung, wurden ohne wesentliche Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

Zu Beginn der ersten Sitzung im neuen Amtsjahr am 11. Juni war traditionell das Büro für 2018/19 neu zu bestellen. Zum neuen Ratspräsidenten wurde Beat Landolt (SP, Gais) gewählt (Abb. 3); er folgte auf den turnusgemäss abtretenden parteiunabhängigen Peter Gut, Walzenhausen. Neue «Vize» wurden Katrin Al-

der (FDP, Herisau) und Marcel Hartmann (CVP, Herisau). – Nach den Wahlgeschäften und der Vereidigung neuer Behördenmitglieder nahm der Rat die zweite Lesung des Baugesetzes in Angriff. Zu reden gab dabei vor allem die Mehrwertabgabe. In der ersten Lesung hatte sich der Kantonsrat knapp für deren Einführung ausgesprochen. Auf die zweite Lesung hin beantragte der Regierungsrat allerdings, auf einen kommunalen Mehrwertausgleich zu verzichten. Mit einem solchen könnten Gemeinden Aufzonen, Umzonen und die Vorteile aus den Sondernutzungsplänen der Mehrwertabgabe unterstellen. Für ihre Kehrtwende erntete die Regierung Kritik. Es sei unbefriedigend, dass gegenüber der Immobilienwirtschaft klein beigetragen werde, wurde u. a. von Seiten der SP und der Parteiunabhängigen moniert. Grosse Bauprojekte und jeweils vorangehende Um- und Aufzonen würden nur noch selten von Privatpersonen gemacht. Mit einem kommunalen Entwicklungsfonds, gespiesen aus einer Mehrwertabgabe, hätten die Gemeinden die Möglichkeit, Arealentwicklungen zu fördern und eine aktive Bodenpolitik zu betreiben. Regierungsrat Dölf Biasotto verteidigte den regierungsrätlichen Entscheid und verwies dabei auf die in der Volksdiskussion eingegangenen Beiträge. Unter anderem haben sich der Industrieverein, der Gewerbeverband und verschiedene Privatpersonen, die teilweise in der Bauwirtschaft tätig sind, gegen die Einführung einer Mehrwertabgabe ausgesprochen. Unterstützung erhielt der Regierungsrat von der FDP, der SVP und einer Mehrheit der parlamentari-



3



4

schen Kommission. Schliesslich wurde das Baugesetz in zweiter Lesung mit 41 Ja- und 20 Nein-Stimmen, bei einer Enthaltung, verabschiedet.

Zwei zweite Lesungen und persönliche Vorstösse prägten die Kantonsrats-sitzung vom 24. September. So wurde nach mehr als drei Jahre dauernden Vorbereitungen das Kantonsratsgesetz mit 59 Ja zu 2 Nein verabschiedet. Zu reden gaben dabei nochmals die angepassten Sitzungsgelder sowie die Entschädigung für die Mitarbeit in Kommissionen. Die Geschäftsordnung des Kantonsrats wurde mit 56 Ja zu 4 Nein bei einer Enthaltung verabschiedet. In zweiter Lesung einstimmig verabschiedet wurde auch die Teilrevision des Gesetzes über das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht. – In einer Interpellation regte Kantonsrat Ralf Menet (SVP, Herisau) an, dass sich Ausserrhoden bemühen sollte, ein Familienhotel der österreichischen Jufa-Kette in den Kanton zu holen. Dies, nachdem ein entsprechendes Vorhaben in Wildhaus gescheitert war. Regierungsrat Dölf Biasotto signalisierte Interesse, man habe bereits erste Kontakte geknüpft. Eine Hotelinfrastruktur mit einem Investitionsbeitrag des Kantons zu unterstützen sei jedoch in der Finanzplanung 2019–2021 nicht vorgesehen. – Die Gründung eines Gesundheitskantons Ostschweiz sei kein Thema, sagte Regierungsrat Matthias Weishaupt in einer Antwort auf eine weitere Interpellation von Ralf Menet (SVP, Herisau). Der Regierungsrat begründete seine ablehnende Haltung mit staatspolitischen und föderalistischen Überlegungen. Planerisch sei es aller-

dings sinnvoll, die Gesundheitsversorgung über die Kantonsgrenze hinaus zu koordinieren.

Bei der Beratung der Revision des Gesetzes über eGovernment und Informatik an der Sitzung vom 29. Oktober gab es kritische Voten rund um den Informatikbetrieb ARI AG. Der mit der ARI AG eingeschlagene Weg habe sich im Grundsatz bewährt, sagte Annette Joos-Baumberger (Herisau) im Namen der FDP-Fraktion. Bemängelt wurde hingegen, dass die Interessen der Gemeinden zu wenig in die Strategie der ARI AG einfließen würden. Kritik gab es auch an der Organisationsform der ARI AG als gemeinsames Informatikunternehmen von Gemeinden und Kanton. Oliver Schmid (FDP, Teufen) als Präsident der parlamentarischen Kommission versicherte, dass die Organisationsform diskutiert worden sei, die Vorteile der jetzigen Lösung würden jedoch

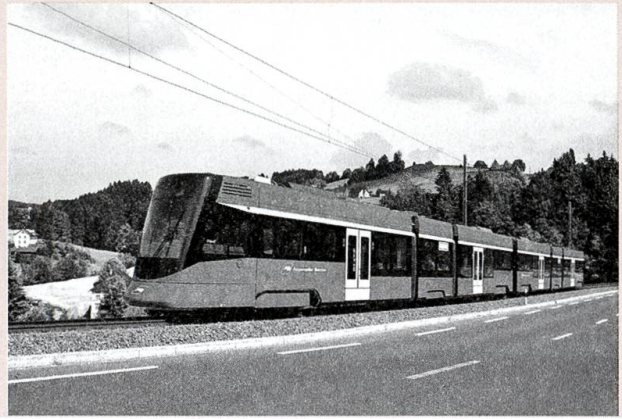
Abbildungen

Wo nicht anders vermerkt, stammen die Abbildungen aus dem Archiv der Appenzeller Zeitung (APZ).

- 1 Regierungsrat Dölf Biasotto (FDP) engagierte sich im Kantonsrat stark für die Tourismusförderung.
- 2 Nach einer längeren Vorbereitungszeit wurde im Kantonsrat das neue Kantonsratsgesetz verabschiedet.
- 3 Beat Landolt (SP), Gais, übernahm im Juni das Kantonsratspräsidium. Nach Ivo Müller, Speicher, der den Kantonsrat im Amtsjahr 2012/13 präsidierte, war er der zweite sozialdemokratische Kantonsratspräsident der Kantongeschichte.
- 4 Die Strafanstalt Gmünden geriet mehrmals in die Schlagzeilen.



5



6

überwiegen. Im Hinblick auf die zweite Lesung wird erwartet, dass die Tarifgestaltung und die Oberaufsicht ebenso nochmals thematisiert werden wie der Datenschutz. Schliesslich wurde das Gesetz über eGovernment und Informatik in erster Lesung mit 60 Ja- zu 2 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung verabschiedet. – Gegen den Willen der Regierung erklärte der Rat mit 51 Ja-Stimmen eine Motion von Peter Gut (pu, Walzenhausen) für erheblich. Diese verlangt, dass der Kanton eine Ombudsstelle schaffen muss, die als verwaltungsunabhängige Anlaufstelle für Personen dient, die sich von der kantonalen Verwaltung nicht korrekt behandelt fühlen oder Fragen haben, die ihr Arbeitsverhältnis mit dem Kanton betreffen. Auslöser für die Motion war der Bericht der StwK im Jahre 2017, welcher dem Regierungsrat einen mangelhaften Umgang mit Konfliktsituationen vorgeworfen hatte. – Gemäss dem Preisüberwacher besteht in Ausserrhoden bei den Gebühren im Strassenverkehrsamt eine erhebliche Überdeckung. In seiner Antwort auf eine dadurch ausgelöste Interpellation der beiden freisinnigen Ratsmitglieder Monika Bodenmann (Waldstatt) und Patrick Kessler (Teufen) erklärte der zuständige Regierungsrat Paul Signer, der Regierungsrat sehe keinen Handlungsbedarf, die erwähnten Gebühren zu senken. – Schliesslich wurde das Registergesetz in zweiter Lesung mit kleinen Änderungen definitiv verabschiedet. Zudem nahm der Kantonsrat zustimmend Kenntnis vom Bericht über die Wirksamkeit des Finanzausgleichs zwischen Kanton und Gemeinden.

Die Kantonsfinanzen und die Finanzpolitik standen im Mittelpunkt der Kantonsratssitzung vom 3. *Dezember*. Im Budget 2019 rechnet der Kanton dank dem Sparkurs und einer bereits umgesetzten Steuerfusserhöhung für natürliche Personen mit einem Ertragsüberschuss von 1,1 Mio. Franken auf operativer Ebene. Der budgetierte Gewinn beim Gesamtergebnis beläuft sich auf rund 15,9 Mio. Franken. Kritik gab es im Kantonsrat am starken Wachstum der Steuererträge. Mehrere Fraktionssprecher hielten diese Vorgaben für zu ehrgeizig. Sorgen bereiten zudem die Mehrausgaben bei den Prämienverbilligungen. Der Voranschlag wurde mit 55 Ja- zu 2 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen. – Als Teil des Voranschlags genehmigte der Rat unter anderem den Globalkredit in der Höhe von 14,4 Mio. Franken mit Leistungsauftrag für die Kantonschule Trogen. Nach längeren Diskussionen und einigen kritischen Anmerkungen verabschiedete der Rat auch den Globalkredit mit Leistungsauftrag 2019 für die Strafanstalt Gmünden. Ein Rückweisungsantrag der SP, kritisiert wurde vor allem die Gewinnvorgabe von 700 000 Franken und die hohe Miete für das sanierungsbedürftige Gefängnis, scheiterte mit deutlichem Mehr. – In zweiter Lesung genehmigte der Kantonsrat die Revision des Steuergesetzes mit 57 Ja- zu 1 Nein-Stimme bei 5 Enthaltungen. Die wichtigste Änderung betrifft die Kinderabzüge; ein Minderheitsantrag der Parlamentarischen Kommission, zur Gegenfinanzierung die Steuertarife zu erhöhen, wurde hingegen abgelehnt.



7



8

Staatsrechnung 2018

Die Staatsrechnung 2018 weist bei einem Gesamtaufwand von 446,9 Mio. Franken einen Ertragsüberschuss von 14,7 Mio. Franken aus. Gegenüber dem Voranschlag fällt das Ergebnis um 9,2 Mio. Franken besser aus. Gründe dafür sind höhere Anteile an eidgenössischen Erträgen, Mehrerträge bei den Staatssteuern, tiefere Kosten bei der Spitalfinanzierung und tiefere Beiträge im Bereich der Bildung. Das operative Ergebnis schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 6,2 Mio. Franken ab. Die Nettoinvestitionen liegen mit 16,2 Mio. Franken ebenfalls um 7,3 Mio. Franken tiefer als veranschlagt. Mit dem Ergebnis der Rechnung 2018 steigt der Bilanzüberschuss auf 40,2 Mio. Franken und der Selbstfinanzierungsertrag verbesserte sich mit 184,1 Prozent deutlich. Der Rechnungsabschluss 2018 zeigt, dass die Stabilisierungsmassnahmen der letzten Jahre erfolgreich umgesetzt werden konnten und auch notwendig waren. Dank dem guten Jahresergebnis und der Rückzahlung eines Darlehens von 38,4 Mio. Franken durch den SVAR sinkt die Nettoverschuldung des Kantons gegenüber dem Vorjahr um 978 Franken auf 1042 Franken pro Kopf.

Gegenüber dem Voranschlag ist bei den Steuererträgen ein Mehrertrag von 1,2 Mio. Franken zu verzeichnen. Bei den Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen konnte mit Einnahmen von 149,5 Mio. Franken ein Mehrertrag von 1,9 Mio. Franken erzielt werden; dies entspricht einem Wachstum von 4,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Bei den Gewinn- und Kapitalsteuern der juris-

tischen Personen war gegenüber dem Voranschlag hingegen ein Minderertrag von 1,0 Mio. Franken zu verzeichnen; dies entspricht einem Wachstum von 5,4 Prozent gegenüber den Steuereinnahmen von 13,0 Mio. Franken im Rechnungsjahr 2017. – Die gesamten Personalkosten liegen mit 93,5 Mio. Franken nur leicht über dem Voranschlag. Gegenüber 2017 sind die Personalkosten der kantonalen Verwaltung (ohne Globalkreditbetriebe) um 0,8 Prozent gestiegen. Der gesamte Sachaufwand fällt mit 46,3 Mio. Franken im Vergleich zum Voranschlag um 1,3 Mio. Franken tiefer aus. Dabei muss bei einem grossen Teil der Budgetunterschreitungen im Sachaufwand davon ausgegangen werden, dass diese Ausgaben nicht nachhaltig eingespart, sondern zu Lasten der kommenden Jahre aufgeschoben wurden. – Im Jahr 2018 investierte der Kanton ohne Berücksichtigung der Darlehen und Beteiligungen 25,1 Mio. Franken. Diesen Bruttoinvestitionen

Abbildungen

5 Das Wohn- und Pflegezentrum (WPZ) Krombach auf dem Areal des Psychiatrischen Zentrums Appenzell Ausserrhoden in Herisau ist geschlossen worden.

6 Insgesamt 16 neue Zugskompositionen haben die Appenzeller Bahnen in Betrieb genommen. (Appenzeller Bahnen © Armand Wilhelmi)

7 Ingrid Brühwiler (links) und Vreni Kölbener haben massgeblichen Anteil am ersten Appenzeller Liederbuch.

8 Der Herbststurm «Vaia» hinterliess Ende Oktober in den Wäldern des Hinterlands und Appenzell Innerrhoden grosse Schäden hinterlassen. (Foto: Kantonskanzlei AR)

stehen Einnahmen von 8,9 Mio. Franken gegenüber. Die daraus resultierenden Nettoinvestitionen von 16,2 Mio. Franken fallen gegenüber dem Voranschlag um 7,3 Mio. Franken tiefer aus. Tiefere Ausgaben sind beim Strassenbau (-2,2 Mio. Franken), Wasserbau (-1,6 Mio. Franken), den Hochbauten (-1,0 Mio. Franken) sowie bei Softwareprojekten (-0,9 Mio. Franken) zu verzeichnen. Da es sich in den meisten Fällen um Verzögerungen bei Investitionsprojekten handelt, ist davon auszugehen, dass diese Kosten die kommenden Jahresrechnungen zusätzlich belasten werden.

Bauen und Umwelt

Mit der gegen Ende 2018 erfolgten Inkraftsetzung der Richtplannachführung setzte der Regierungsrat den Schlusspunkt hinter einen mehrjährigen Prozess. Mit dem nun genehmigten kantonalen Richtplan sind die Voraussetzungen erfüllt, damit die räumliche Entwicklung des Kantons unter dem revidierten Raumplanungsgesetz des Bundes vorangetrieben werden kann. In engem Zusammenhang mit dem nachgeführten Richtplan steht das teilrevidierte Baugesetz, das der Kantonsrat 2018 verabschiedet hat. Damit sind die Grundlagen geschaffen für eine innere Verdichtung von Siedlungen, für die Erneuerung bestehender Bauten und für eine zeitgemässe bauliche und räumliche Entwicklung. Die Nachführung des Richtplans und die Teilrevision des Baugesetzes sind zentrale Projekte im Bereich Lebens- und Naturraum im laufenden Regierungsprogramm.

Mit dem dritten kantonalen Strassenbau- und Investitionsprogramm 2019–2022 wird die langfristige strassenseitige Erreichbarkeit der Gebiete in Appenzell Ausserrhoden gesichert. Dies ist ein wesentlicher Standortfaktor für die ansässigen Unternehmen, aber auch für die Wohnbevölkerung. Die Inbetriebnahme des Ruckhaldetunnels und des neuen Rollmaterials durch die Appenzeller Bahnen bedeutet für die Erschliessung des Kantons mit dem öffentlichen Verkehr zudem einen Quantensprung. Der Verkehr auf dem Kantonsstrassennetz

nahm überdurchschnittlich zu. Die Herausforderungen an die Mobilität der Zukunft steigen.

Ein Grossteil der geplanten Erneuerungs- und Werterhaltungsobjekte auf dem Kantonsstrassennetz wurde ohne Schwierigkeiten realisiert. Im Herbst wurde mit dem Ausbau des «Winkler Stichs» zwischen Herisau und St. Gallen-Winkeln mit einem Rad- und Gehweg gestartet, nachdem das St. Galler Verwaltungsgericht die zweite Beschwerde gegen die Arbeitsvergabe abgelehnt hatte. Wegen Einsprachen nicht begonnen wurde mit der Neugestaltung der Ortsdurchfahrt Schwellbrunn und mit dem Umbau der Bahnhofkreuzung Teufen. In Teufen konnte damit der mehrmonatige Bahnunterbruch nicht genutzt werden, was zu Mehrkosten führen wird.

Bildung

Das Amt für Volksschule und Sport unterstützte die Entwicklung der Kompetenzen der Lehrpersonen in der Umsetzung des neuen Lehrplans für die Volksschule mit Weiterbildungsveranstaltungen, Workshops und Beratungen. Aufgrund der Nachfrage der Schulen bot die Abteilung Volksschule deutlich mehr Weiterbildungsveranstaltungen als vorgesehen an. Die Inhalte des Lehrplans sind in allen öffentlichen Volksschulen im Kanton konsolidiert und umgesetzt worden. In den Berichten der externen Evaluationen im Rahmen der Aufsicht wird festgestellt, dass sich das Zusammenspiel von Aufsicht und Unterstützung durch das Amt in fast allen Volksschulen positiv auf die Unterrichtsqualität auswirkt. In den Audits nahm die Fachstelle Schulqualität zur Kenntnis, dass die Schulen die Entwicklungshinweise aus den externen Evaluationen ernst genommen und Massnahmen getroffen haben. Die durch die gestiegene Qualität erwarteten positiven Auswirkungen auf die Quote beim Übertritt vom dritten Zyklus (= Sekundarstufe I) in eine weiterführende Ausbildung auf Sekundarstufe II blieben aus.

Zum Beginn des Schuljahres 2018/19 besuchten 5549 Kinder (Vorjahr 5476) die Volksschule. Während die Zahl der Lernenden im Kindergarten und in der Primarschule erneut

zunahm, ging sie auf der Sekundarstufe noch leicht zurück. Eine Sonderschule besuchten 115 Lernende (112). Von verstärkten Massnahmen in Regelklassen profitierten 38 Lernende (40). 32 Lernende (37) absolvierten die Volksschule im Rahmen des häuslichen Unterrichts. – 499 Lernende verliessen im Sommer 2018 die Volksschule, davon hatten rund zwei Prozent noch keine Anschlusslösung. Zwei Drittel machen eine Berufslehre. 21 (17) Prozent wählten den Weg in eine weiterführende Schule, insbesondere an die Kantonsschule Trogen. 12 Prozent haben sich für ein einjähriges Brückenangebot entschieden.

Kantonsschule. Die Kantonsschule Trogen zählte zu Beginn des Schuljahres 2018/19 537 (563) Schülerinnen und Schüler, 326 (328) Mädchen und 211 (235) Knaben. 302 (323) besuchten das Gymnasium, 23 (26) die Wirtschaftsmittelschule, 89 (88) die Fachmittelschule und 123 (126) die Sekundarschule für die Gemeinden Trogen, Wald und Rehetobel. Das gymnasiale Maturazeugnis erhielten im Juni 2018 71 (79), die Berufsmatura erwarben 7 (6) und die Fachmatura in den Berufsfeldern «Gesundheit», «Pädagogik» und «Soziale Arbeit» 22 (21) Lernende. Zu den Aktivitäten während des Schuljahrs vgl. die Gemeindechronik von Trogen in diesem Jahrbuch, Seite 178.

Berufsbildung. 2018 wurden 480 (Vorjahr 502) neue Lehrverträge genehmigt. Der Gesamtbestand an Lehrverträgen betrug 1291 (1347). Davon entfallen 1236 (1279) auf die berufliche Grundbildung mit eidg. Fähigkeitszeugnis und 55 (100) auf die Ausbildung mit eidg. Berufsattest. Es wurden 463 (436) Qualifikationsverfahren durchgeführt. 395 (356) Kandidatinnen und Kandidaten haben das eidg. Fähigkeitszeugnis (EFZ) erhalten, den eidg. Berufsattest (EBA) erwarben 46 (54) Kandidatinnen und Kandidaten. Insgesamt bestanden 442 (410) Lernende die Prüfung. Die Durchfallquote betrug somit 4,5 (5,7) Prozent. Die Anzahl der Lehrvertragsauflösungen ist von 113 auf 133 gestiegen.

Sportlerschule. 81 Athletinnen und Athleten besuchten im Schuljahr 2017/18 die Sportlerschule Appenzellerland mit Sitz in Teufen. Sie betrieben 17 Sportarten und stammten aus sieben Kantonen. 14 Athletinnen und Athleten besuchten die Kantonsschule Trogen (inklusive Sekundarschule), die anderen die weiteren Partnerschulen, namentlich die Sekundarschulen in Herisau oder in Teufen.

Justiz und Polizei

Gerichtsbehörden. Die Arbeit am Projekt «eDossier Gerichte» des Bundesgerichts mit den kantonalen Obergerichten, welche die flächendeckende Einführung eines elektronischen Gerichtsdoassiers zum Ziel hat, kam voran. Sowohl beim Kantons- wie beim Obergericht wurden bereits im vergangenen Jahr zahlreiche Dossiers elektronisch erfasst, und es erübrigten sich dadurch zeitintensive Aktenzirkulationen bei den Richtern und Richterinnen. – Beim Kantonsgericht sind bei den Fällen, welche die Gerichtsabteilungen zu bearbeiten hatten, ungefähr gleich viele Zivil- und Strafprozesse eingegangen wie im Vorjahr. Viel stärker belastet wurden die Einzelrichter, die mit 86 Fällen rund 45 Prozent mehr Strafprozesse zu behandeln hatten. Leicht abgenommen hat die Belastung der Einzelrichter bei den Zivilprozessen mit 1078 Fällen. Die Abteilungen haben mit 184 Fällen 36 Fälle mehr erledigt als im Vorjahr. Die Einzelrichter erledigten gleichviele Fälle im Zivilrecht (1152), aber deutlich mehr Straffälle (88). Beim Obergericht lag die Anzahl der neu eingegangenen Zivil- und Strafprozesse (Abteilung- und Einzelrichterfälle) im langjährigen Durchschnitt. Auch bei den verwaltungsrechtlichen Abteilungen gingen nahezu gleichviele Fälle wie in den Vorjahren ein. Zugenommen hat auch hier die Belastung der Einzelrichter, die eine deutliche Erhöhung der Eingänge im Verwaltungsrecht auf 96 Fälle zur Kenntnis nehmen mussten. Hervorzuheben ist, dass beim Obergericht die Erledigungen der Fälle durch die Abteilungen von 97 auf 138 und diejenigen der Einzelrichter des Obergerichts von 71 auf 95 Fälle im Verwaltungsrecht deutlich

zugenommen haben. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 94 Prozent der beim Kantons- und Obergericht eingegangenen Fälle innert zwölf Monaten erledigt.

Strafanstalt Gmünden. Das Jahr 2018 war für die Strafanstalt Gmünden ein ereignisreiches Jahr. Die Institution geriet in den Fokus der Medien wegen ihrer unsicheren Zukunft, aber auch wegen übermässiger Fluktuation und Unruhe beim Personal (Abb. 4). Dazu kamen kritische Bemerkungen der StwK unter anderem über bauliche Unzulänglichkeiten. Das Departement Inneres und Sicherheit legte dem Regierungsrat im Herbst einen Antrag auf Sanierung der Anlagen in Gmünden vor. Der Regierungsrat verlangte dann zusätzliche Abklärungen und das Aufzeigen von Alternativen zur Sanierung, wobei auch eine Schliessung der Strafanstalt eine Option war. Eine Projektgruppe, in die auch die Direktorin der Strafanstalt Einsitz nahm, erarbeitete vier mögliche Szenarien und zeigte deren finanzielle Folgen für den Kanton auf. Dem Regierungsrat wurde in der Folge beantragt, auf eine Schliessung definitiv zu verzichten und eine umfassende Sanierung weiterzuverfolgen. Erfreulich war im Berichtsjahr, dass es gelang, den offenen Frauenvollzug in Gmünden mit insgesamt elf Plätzen zu etablieren. Die Frauen absolvieren den Vollzug grundsätzlich in Gruppen. In der arbeitsfreien Zeit haben sie die Möglichkeit, mit anderen weiblichen Gefangenen zusammen zu sein oder sich in ihrer Zelle aufzuhalten.

Kriminalstatistik. Appenzell Ausserrhoden ist im gesamtschweizerischen Vergleich weiterhin ein sicherer Kanton. Die Aufklärungsquote aller Straftaten gegen das Strafgesetzbuch (StGB) liegt bei 67,4 Prozent. Die Gesamtzahl der Straftaten liegt bei 1586, was einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr von einem Prozent gleichkommt. Die Zahl der registrierten Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz beträgt 190 und ist um 40 Prozent angestiegen. Bei den Gewaltstraftaten wurde eine Zunahme von sieben Prozent auf 163 Straftaten verzeich-

net. Die schwere Gewalt ging mit zwei Straftaten zurück. Es gelangte eine schwere Körperverletzung zur Anzeige. Die Zahl der einfachen Körperverletzungen blieb mit 13 konstant. Die Aufklärungsquote aller Gewaltstraftaten ist mit 93,9 Prozent erfreulich hoch. Bei den Straftaten gegen die sexuelle Integrität weist die Statistik eine Zunahme auf 39 Delikte (Vorjahr 27) aus. Die Aufklärungsquote aller Straftaten gegen die sexuelle Integrität beträgt 97,4 Prozent. Die Straftaten gegen das Vermögen haben mit 579 (603) Straftaten erneut abgenommen. Die Zahl der Diebstähle (ohne Fahrzeuge) ist auf 226 (214) angestiegen. Ebenfalls eine Zunahme von 52 auf 72 verzeichnen die Einbruchdiebstähle. Die Aufklärungsquote aller Vermögensdelikte liegt bei 34,7 Prozent.

Unfallstatistik. Im Vergleich zum Vorjahr ging die Zahl der polizeilich registrierten Verkehrsunfälle 2018 um neun auf 409 Unfälle zurück. Die häufigsten Unfallursachen sind nach wie vor das Nichtanpassen der Geschwindigkeit und die Missachtung des Vortrittsrechts. Nach zwei Jahren ohne Unfalltote mussten 2018 drei Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang registriert werden. Deutlich mehr Unfälle ereigneten sich mit Beteiligung von Motorrädern. Waren 2017 noch 28 solcher Unfälle zu verzeichnen, waren es im Jahr 2018 deren 46. Zwei Hauptursachen sind augenfällig: Einerseits gab es mehr Unfälle in Folge Nichtanpassen an die Linienführung (Kurven, Verzweigungen) und andererseits stieg die Anzahl an Schleuder- oder Selbstunfällen, was auf das Nichtanpassen der Geschwindigkeit zurückzuführen ist. 29 Motorradfahrer zogen sich dabei Verletzungen zu. Das entspricht einer Zunahme von 20 Verletzten. Insgesamt wurde die Kantonspolizei zu 66 Wildunfällen gerufen. Das entspricht gegenüber dem Vorjahr mit 52 Wildunfällen einer Zunahme um 14 Unfälle.

Jagdstatistik. Das schöne und trockene Wetter im Herbst und die aussergewöhnlich gute Pilz- und Beerensaison führten dazu, dass in den Lebensräumen der Wildtiere viel Betrieb durch

Erholungssuchende herrschte. Dies beeinträchtigte auch den Jagderfolg. Die für eine nachhaltige Regulierung der Wildbestände notwendigen Sollabschüsse konnten deshalb sowohl bei der ordentlichen Reh-, als auch bei der Hirsch- und Gämsjagd, nicht erreicht werden. Für alle drei Wildarten musste deshalb eine Nachjagd angeordnet werden. Insgesamt sind 437 Rehe erlegt worden. Dies entspricht 92 Prozent des Abschussplanes. Dabei wurden im Jagdbezirk Hinterland 91 Prozent, im Mittel-land 94 Prozent und im Vorderland 93 Prozent der Abschussvorgaben erfüllt. In der Hochjagd sind in Ausserrhoden 45 Stück Rotwild (Hirsche), das entspricht 92 Prozent des geplanten Abschusses, erlegt worden. Auf der Gämsjagd wurden mit 13 Tieren 72 Prozent des Abschussplanes erlegt.

Gesundheitswesen und Soziales

Der Regierungsrat hat 2018 wegweisende Entscheidungen für das Psychiatrische Zentrum Appenzell Ausserrhoden (PZA) getroffen. So genehmigte er den neuen Rahmenvertrag mit dem Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden (SVAR). Auf dieser Grundlage wurde der Planungsstopp aufgehoben, und die blockierten Mittel aus dem Rahmenkredit von 2007 konnten freigegeben werden. Erste Objektkredite konnte der Regierungsrat ebenfalls bewilligen, sodass die seit Jahren sistierte Optimierung und Erneuerung des PZA nun zügig vorangetrieben werden soll. Damit wurden die Voraussetzungen für die Umsetzung des Versorgungskonzepts Psychiatrie des SVAR geschaffen, dies als wichtiger Teil einer zeitgemässen psychiatrischen Versorgung von Appenzell Ausserrhoden. – Weil das Wohn- und Pflegezentrum (WPZ) auf dem Areal des Psychiatrischen Zentrums in Herisau sanierungsbedürftig ist und den heutigen Anforderungen nicht mehr entspricht, wurde dieses geschlossen. Der Kanton hat den entsprechenden Leistungsauftrag für die psychogeriatrische Pflege von körperlich und/oder psychisch beeinträchtigten Menschen in Ausserrhoden neu dem Betreuungs-Zentrum Heiden (BZH) übertragen. Für

das Areal des WPZ ist eine andere Nutzung geplant, allenfalls als Asylzentrum, sollte die Einrichtung eines solchen im «Sonneblick» in Walzenhausen definitiv scheitern. Die Schliessung des WPZ aber auch die allfällige Nutzung als Asylzentrum stiessen auf Kritik.

Spitalverbund. Der SVAR konnte 2018 seine finanzielle Situation gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessern. Das Defizit ist von 3,9 Mio. im Jahr 2017 auf 0,7 Mio. Franken im Jahr 2018 reduziert worden. Das verbesserte Ergebnis ist unter anderem auf die gestiegene Inanspruchnahme der Dienstleistungen im stationären Bereich zurückzuführen, was mit dem erstarkten Vertrauen der Zuweisenden und der Bevölkerung in die Dienstleistungen des SVAR begründet werden kann. Unterschiedlich entwickelt hat sich auch die Zahl der Pflage-tage: In den beiden Spitälern Herisau und Heiden wurden insgesamt rund 32 600 Pflage-tage verbucht, eine Zunahme um rund 1200 Pflage-tage gegenüber dem Vorjahr. Im PZA hingegen sank die Zahl der Pflage-tage um rund 9000 auf 50 000 (Abb. 5). Dem SVAR ist es gelungen, in allen Departementen weitere Fachkräfte zu gewinnen, womit die medizinische Basis weiter gestärkt werden konnte. Zum besseren Ergebnis trugen auch Prozess- und Strukturanpassungen sowie ein striktes Kostenmanagement bei. Trotzdem bleibt die Zukunft herausfordernd. Der Trend hin zu «ambulant vor stationär» oder neue Abgeltungsmodelle in der Psychiatrie werden die Erträge zusätzlich mindern.

Soziales. Mit der Kenntnisnahme vom Schlussbericht zum Familienmonitoring hat der Regierungsrat auch einen Massnahmenplan mit vier Handlungsfeldern verabschiedet. Damit anerkennt er ausdrücklich, dass Familien einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung und für das Funktionieren der Gesellschaft leisten. Der Massnahmenplan soll der Tatsache Rechnung tragen, dass der Demografie – der Entwicklung der Bevölkerung und der gesellschaftlichen Strukturen – ein grosser Wandel bevorsteht.

Landwirtschaft und Wetter

Regionale Spezialitäten und regionale Vermarktung sind im Trend und stossen auch bei der ausserrhodischen Bauernschaft auf Interesse. Ziel muss es sein, Wege und Möglichkeiten zu finden, um die Produkte noch besser zu einem gerechten Preis vermarkten zu können. In Zusammenarbeit mit dem Kanton, den Umweltverbänden und dem Bauernverband wurden die schönsten Mager- und Streuwiesen in Ausserrhoden bestimmt. Die schönste Magerwiese ist auf dem Hof von Luzia und Sepp Oertle in Urnäsch, die schönste Magerweide bei Johannes Bodenmann in Gais und für die schönste Streuwiese wurden Heidi und Werner Zellweger, Urnäsch, ausgezeichnet. Im Frühling 2018 wurde im Vorderland der Pilotversuch mit einer Drohne vorgestellt, die auf Wiesen versteckte Rehkitze orten kann. Die Wärmebildkamera zeigt das Tier an und führt die Jägerinnen und Jäger, um das Tier zu sichern. Die Technik hat sich bewährt und könnte in Zukunft eingesetzt werden. – Aufgrund der anhaltenden Trockenheit und der damit verbundenen Futterknappheit initiierte das Kompetenznetzwerk Ernährungswirtschaft eine Futtermittelbörse, an welcher sich neben Ausserrhoden auch verschiedene andere kantonale Bauernverbände beteiligten. Die anhaltende Trockenheit brachte auch die Alpwirtschaft in grosse Bedrängnis. Die Schweizer Berghilfe reagierte auf den Notstand und unterstützte die Wassertransporte.

Bei den Biodiversitätsförderflächen haben sowohl die Flächen mit der Qualitätsstufe II als auch die vernetzten Flächen weiter zugenommen. Ebenfalls zugenommen haben Betriebe, die Direktzahlungen für biologischen Landbau beantragten. Deren Zahl stieg von 118 auf 132. Der Anteil der Biobetriebe betrug insgesamt 22 Prozent. Diese bewirtschaften zusammen rund 25 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Appenzell Ausserrhoden. – Durch die konsequente Bekämpfung gingen die invasiven Neophyten stetig zurück. Das bis anhin kaum vorkommende giftige und sehr widerstandsfähige Schmalblättrige Greiskraut wurde hingegen an

mehreren Standorten im Kanton gesichtet und dessen Bekämpfung angegangen. Die noch vorhandenen Goldrutenstandorte in den Privatgärten wurden laufend beseitigt.

Kirchen

Nach dem 500-Jahr-Jubiläum der Reformation rückte bei der Evangelisch-reformierten Landeskirche beider Appenzell im Jahr 2018 wieder die Alltagsarbeit in den Vordergrund. Einiges bewegt sich, in den Kirchengemeinden, in den Landeskirchen, im Schweizerischen Protestantismus. So haben sich Menschen aus den Kirchengemeinden auf den Weg gemacht, um als «Kirche Vorderland» oder als «Kirchenpark Hinterland» neue Formen der Zusammenarbeit zu erkunden, und die Synode hat dem Kirchenrat den Auftrag zur Totalrevision der Kirchenverfassung erteilt. Für Diskussionsstoff sorgte das neue Reglement über den Finanzausgleich. Das der Sommer-Synode zur zweiten Lesung vorgelegte Reglement basierte auf einem reinen Steuerkraftausgleich. Aufgrund kontroverser Änderungsanträge zog der Kirchenrat seinen Antrag schliesslich zurück. Erneut angestiegen ist die Zahl der Kirchengaustritte und zwar von 200 auf knapp 250, hingegen ist die Zahl der Kircheneintritte unter 25 gefallen.

Am 1. Juni nahm Peter Solenthaler, Pfarrer in Herisau, als Seelsorger in der Strafanstalt Gmünden seine Arbeit auf. Er versieht ein Pensum von 10,5 Prozent. Per 1. August trat Christine Culic-Sallmann von ihrem Amt als Kirchenrätin zurück. Sie war für das Ressort Seelsorge zuständig. Die Stellvertretung des Ressorts Seelsorge bis Ende Jahr teilten sich Kirchenrätin Iris Bruderer und Kirchenratspräsident Koni Bruderer. Die im Jahr 1987 gegründete Beratungsstelle für Ehe-, Familien- und Lebensfragen (BEFL) wird in dieser Form nicht mehr weitergeführt. Nach neuen, zeitgemässen Lösungen wird gesucht.

Die Idee einer Mittelschulseelsorge an der Kantonsschule Trogen war in den Kirchen beider Konfessionen schon länger ein Thema. Die Arbeitsgruppe «Mittelschulseelsorge», bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der

beiden Kirchen, arbeitete an einem Projektvorschlag. Dieser sieht eine 30-Prozent-Stelle, befristet auf drei Jahre, vor und wurde von der Synode gutgeheissen.

Tourismus und Bahnen

Tourismus. Auch dank des warmen, trockenen und sonnigen Sommers und Herbstes blickt Appenzell Ausserrhoden touristisch auf ein gutes Jahr zurück. Der Sommer brachte viele Tagesgäste, die das Appenzellerland als Erholungsgebiet wählten. Während Schwimmbäder, Freiluft-Anlässe und Restaurants mit Terrassen vom Wetter profitierten, war dieses für Museen und Ausstellungen weniger attraktiv. – Die Appenzellerland Tourismus AG (ATAG) hat sich auch im vergangenen Berichtsjahr für die touristischen Leistungsträger engagiert. Bei den Logiernächten war ein leichter Anstieg der Hotelübernachtungen festzustellen. Das ist beruhigend, ist doch die Zahl der Logiernächte in den letzten Jahren fast Jahr für Jahr gesunken. Neue Übernachtungsformen sind gefragt. Immer mehr Einheimische bieten Gästezimmer an und werden so zu Teilzeitgastgeberinnen und -gastgebern. Die ATAG ist gefordert, den sich ständig wandelnden Ansprüchen an eine Vermarktungsgesellschaft gerecht zu werden. Mit dem Abgang von Geschäftsführer Urs Berger stehen die Verantwortlichen nächstes Jahr auch in personeller Hinsicht vor neuen Herausforderungen.

Appenzeller Bahnen. Die Appenzeller Bahnen erlebten 2018 ein ausserordentliches Geschäftsjahr. Nach einer intensiven Bauphase konnte eine wichtige Etappe der Modernisierung weitgehend abgeschlossen werden. Am 7. Oktober wurde die Neubaustrecke mit dem über 700 Meter langen Ruckhaldetunnel zwischen St.Gallen und Lustmühle in Betrieb genommen. Die elf «Tangos» auf der Linie Trogen-St.Gallen-Appenzell sowie die fünf «Walzer» auf der Linie Gossau-Appenzell-Wasserauen bieten den Fahrgästen mehr Komfort (Abb.6). Die Zahl der beförderten Fahrgäste sank gegenüber dem Vorjahr von 5,2 auf 4,9 Mio., was im Wesentlichen auf den sechs-

monatigen Unterbruch zwischen St.Gallen und Teufen zurückzuführen ist. Der Betriebsertrag hingegen stieg auf 52,4 Mio. Franken. Das zeigt, dass die Entwicklung der Nachfrage und der Reiseverkehrserträge im gleichen Jahr nicht zwingend miteinander im Einklang stehen. Die Verteilung der Einnahmen aus den Fahrausweisverkäufen basiert auf der in der Vergangenheit erhobenen Nutzung. Die Investitionstätigkeit in der Sparte Infrastruktur bleibt auch nach Inbetriebnahme der Neubaustrecke in der Ruckhalde hoch. Es stehen weitere Grossprojekte wie das Servicezentrum in Appenzell, die netzweiten Perronerhöhungen oder die Ortsdurchfahrt Teufen an. – Einen Wechsel gab es 2018 an der Spitze des Verwaltungsrates: Anstelle des altershalber zurücktretenden Präsidenten Fredy Brunner wählte die Generalversammlung Ernst Boos zum neuen Verwaltungsratsvorsitzenden.

Säntis-Schwebebahn. Die Säntis-Schwebebahn erlebte 2018, bedingt durch das schöne Sommer- und Herbstwetter, das beste Geschäftsjahr in ihrer 84-jährigen Geschichte. Erstmals konnte ein Bruttoumsatz von über 20 Mio. Franken erwirtschaftet werden. Dazu beigetragen haben alle vier Geschäftsfelder, also die Schwebebahn, das Hotel, die Gastronomie und der Detailhandel. Der Hotelbetrieb konnte in seinem dritten Betriebsjahr die Zimmerauslastung erneut steigern, auf mittlerweile ausgezeichnete 65 Prozent. Die Erfahrungen und Zahlen der letzten Jahre bestätigen die Wichtigkeit, die Attraktivität des Säntis bei Schlechtwettertagen zu verbessern, um die Ertragslage der Schwebebahn und des Gastronomiebetriebs auf dem Säntis zu stärken. Die Jahresrechnung der Säntis-Schwebebahn weist für das Geschäftsjahr 2018 einen Nettoertrag von 19,4 Mio. Franken aus. Zum Gesamtergebnis haben die einzelnen Geschäftsfelder folgende Beiträge geleistet: die Schwebebahn 6,0 Mio., der Hotelbetrieb 7,7 Mio., die Gastronomie 3,8 Mio. und der Detailhandel 1,1 Mio. Franken. Aus der Erfüllung von Infrastrukturaufgaben und Leistungen für Dritte konnten 0,8 Mio.

Franken erwirtschaftet werden. Dem gegenüber steht ein Betriebsaufwand von 15,7 Mio. Franken, wovon 6,5 Mio. Franken den Material- und Sacheinkauf und 9,2 Mio. Franken den Personalbereich betreffen. Investiert hat das Unternehmen 2,3 Mio. Franken. Der betriebliche Alltag war 2018 durch die Umsetzung der neuen Organisationsstruktur sowie dem neuen Gastronomiekonzept geprägt. Die vier Geschäftsfelder haben dadurch mehr Selbstständigkeit und Kompetenz, aber auch Verantwortung, erhalten.

Kultur

Kulturstiftung. Auch im Jahre 2018 vergab die Ausserrhodische Kulturstiftung Beiträge in der Höhe von insgesamt 80 000 Franken an acht Künstlerinnen und Künstler. Alle Geförderten sind regional verankert, stehen aber mit der weiten Welt in Verbindung. Den ersten Werkbeitrag erhielt Fotograf Ueli Alder für seine umwerfenden Bildfindungen, sein breites Schaffen sowie seine experimentelle Risikobereitschaft. In der Kategorie Bildende Kunst und Architektur wurde neben Alder auch H. R. Fricker mit einem Beitrag gewürdigt. Der Konzeptkünstler hat seit den 1970er-Jahren mit Mail-Art, Ortsbeschriftungen, künstlerischen Eingriffen in aktuelle politische Themen, Museumsgründungen und zahlreichen anderen Arbeiten internationales Renommee erworben. In der Hoffnung, bald mehr von ihnen zu sehen, erhielt das Atelier Schneider Eigensatz Architekten, Ilona Schneider und Michel Eigensatz, eine Auszeichnung. Die Jury lobte ihre schlichten Bauten, in denen «die Sache und nicht das Architekten-Ego» im Vordergrund stehe. Als «unbedingt förderungswürdig» in der Sparte Musik erachtete die Jury die 26-jährige Joana Obieta. Die in Ausserrhoden aufgewachsene Sängerin habe eine eigene Musiksprache gefunden. Ein würdiger Empfänger eines Werkbeitrags war auch Klangtüftler Sven Bösiger. Der in Gais wohnhafte Künstler hat sich als eigenwilliger Musiker und Archivar der Klänge der appenzellischen Kultur einen Namen gemacht. Dritter Preisträger in der Sparte Musik

war der Violinist Tobias Preisig, der «den Nerv der Zeit auf einer Geigensaite getroffen hat», wie an der Preisverleihung gesagt wurde. Kurt Fröhlich und Helen Prates de Matos hiessen die Werkbeitragsempfänger in der Sparte Literatur, Theater und Tanz. Mit dem Herisauer Kurt Fröhlich wurde ein Pionier des Figurentheaters auserkoren. Die in Trogen aufgewachsene Szenografin Helen Prates de Matos-Schlöpfer wurde für ihre Jugendtheaterproduktionen ausgezeichnet.

Bereits im Frühjahr hatte die Ausserrhodische Kulturstiftung zwei Artist in Residence-Stipendien vergeben. Der erste Begünstigte war Emanuel Geisser. Der in Gais aufgewachsene Künstler setzt damit sein Projekt «Transversal Encounter» um, eine Expedition «vom Balkan über den Polarkreis nach Gibraltar», deren Erkenntnisse und Erfahrungen Geisser in einem periodisch erscheinenden Künstlermagazin festhalten wird. Das zweite Artist in Residence-Stipendium ging an die Teufnerin Gret Zellweger. Sie war im polnischen Zakopane, um die dortige kunsthandwerkliche Tätigkeit zu studieren.

Kulturlandsgemeinde. Im Frühjahr fand die Kulturlandsgemeinde auf der Schwägalp und auf dem Säntisgipfel statt. «Gegen Wind und Wetter» war das Thema. Wie stark beeinflusst das Wetter unsere alltäglichen Aktivitäten, unsere Stimmungen? Wie genau lässt sich das Wetter vorhersagen? Wann verhilft das Wetter zu einem guten Geschäft, wann bringt es uns in Not? Auf wessen Wetter-Wissen können wir bauen? Und was können wir aus den Wettererfahrungen anderer lernen? Diesen Fragen ging die Kulturlandsgemeinde gemeinsam mit Menschen, in deren Alltag Wetter und Klima eine zentrale Rolle spielen, auf den Grund. Einer der Höhepunkte war die Rede «Gegen Wind und Wetter» der in Herisau aufgewachsenen Architektin Annette Gigon.

Verschiedenes. Zum ersten Mal haben die beiden Appenzell gemeinsam ein Schulbuch herausgegeben: Mitte Juni wurde das «Appenzel-

ler Liederbuch» präsentiert, das 95 klassische und neue Appenzeller Lieder enthält. Ein Glossar, in dem Begriffe aus den Liedern erklärt werden, findet sich im Anhang. Projektleiterin war Vreni Kölbener aus Appenzell. Sie wurde unterstützt von Ingrid Brühwiler, Leiterin der Abteilung Volksschule im Departement Bildung und Kultur (Abb. 7). Illustriert wurde das «Appenzeller Liederbuch» von Werner Meier. – Das Amt für Kultur Appenzell Ausserrhoden hat zum zweiten Mal den Literaturland Schreibwettbewerb durchgeführt. Der Jurypreis in der Kategorie Erwachsene ging an die Künstlerin hinter der Kunstfigur Jessica Jurassica für den Text «≠influenza». In der Kategorie Jugendliche wurde die 17-jährige Lea Sager für ihren Text «Selbstverständlich!» mit dem Jurypreis ausgezeichnet. Der Publikumspreis ging an Ruth Weber-Zeller für den Text «Wurzeln».

Dies und Das

Verschiedenes. Die von der IG Starkes Ausserrhoden eingereichte Volksinitiative «Starke Ausserrhoder Gemeinden», sie verlangt die Streichung der Gemeindefürnamen aus der Verfassung, wird vom Regierungsrat abgelehnt. Dieser begründete seinen Entscheid damit, dass die Initiative inhaltlich zu eng gefasst sei. – Der Sturm «Vaia» hat Ende Oktober in Ausserrhoden grosse Waldschäden verursacht (Abb. 8). Die Sturmholzmenge beträgt 20 000 bis 25 000 Kubikmeter, was etwa der Hälfte der normalerweise in einem Jahr genutzten Menge entspricht. Die grössten Schäden entstanden in den Gemeinden Hundwil und Stein.

Personen. Die Leitung der kantonalen Denkmalpflege, die Fredi Altherr 17 Jahre geprägt hatte, wurde mit Vreni Härdi und Hans-Ruedi Beck im Jobsharing neu besetzt. Fredi Altherr ist weiterhin in einem 20-Prozent-Pensum für die Haus-Analysen und Bauberatungen zuständig. – Die beiden Ausserrhoder Wirtschaftsverbände, Industrieverein und Gewerbeverband, haben ihre gemeinsame Geschäftsführung neu organisiert. Als Nachfolger von Ruedi Aerni hat Bruno Eisenhut, Schwellbrunn, die Geschäfts-

führung übernommen. – Der Ausserrhoder Nationalrat David Zuberbühler ist als Sicherheitschef neu in den Vorstand der SVP Schweiz gewählt worden. Kurz danach folgte seine Wahl in die Schweizerische Gewerbekammer. – Die Rettungsstation Schwägälp hat mit Heinz Beutler einen neuen Rettungschef erhalten. Er hat die Nachfolge von Hans Fitzi angetreten, der diese Aufgabe während fast 20 Jahren innegehabt hat. – Der Gossauer Bauingenieur Daniel Lehmann ist neuer Leiter des Ausserrhoder Amtes für Wirtschaft und Arbeit. Er löste in dieser Funktion Karin Jung ab. Zum Aufgabenbereich von Daniel Lehmann gehört auch die Leitung der Abteilung Standortförderung.

Sport. Auch im Jahr 2018 sind Ausserrhoder Athletinnen und Athleten sowie Vereine geehrt worden, die an nationalen wie internationalen Wettkämpfen Medaillen erringen konnten. In der Aula der Kantonsschule sind 46 Einzelsportlerinnen und -sportler und acht Teams (Vereine) für ihre Leistungen ausgezeichnet worden. Neben den Anerkennungspreisen für die Medaillengewinnerinnen und -gewinner wurden auch Sonderpreise verliehen. Als «Sportförderer des Jahres» wurden die Verdienste von Beat Schlupe, TV Herisau, besonders gewürdigt. Weitere Sonderpreise gingen an Maurus Sparr, SC Bühler, als «Nachwuchssportler des Jahres» sowie an den Appenzeller PlusSport Verband als «Verein des Jahres». – Neben dem bereits zum 19. Mal durchgeführten Schwägälpschwinget mit rund 15 000 Zuschauerinnen und Zuschauern – es siegte mit Giger Samuel ein Thurgauer mit Wurzeln in Ausserrhoden –, fand 2018 ein weiterer schwingsportlicher Grossanlass statt. Das Jubiläumsschwingfest «125 Jahre Nordostschweizerischer Schwingverband» in Herisau zog rund 8000 Frauen und Männer in Bann und hatte mit dem Bündner Orlik Armon einen verdienten Sieger.

Wichtigste Quellen

Rechenschaftsbericht 2018 des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden und Staatsrechnung 2018, Bericht des Regierungsrates.